

Zur politischen
Instrumentalisierung
des Rechtsextremismus

Solidarität der „Demokraten“ gegen die Neonazis

Manfred Wilke

Überraschungen und Katastrophen sind im politischen Leben keine Seltenheit – das Jahr 2011 haben sie nachhaltig geprägt. Ein solches Ereignis war für die Partei Die Linke die Mordserie des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Sie integrierte plötzlich und unerwartet die Linkspartei in den Kreis der demokratischen Parteien. Die Verbrechen der NSU haben ihrem Kampf „gegen rechts“ neuen Auftrieb gegeben. Die alte PDS-Bundestagsfraktion scheiterte noch vor einigen Jahren mit dem Versuch, das Grundgesetz um eine „antifaschistische Klausel“ zu ergänzen, um so seinen antiextremistischen Charakter in einen antifaschistischen umzuwandeln. Ein Schritt voran auf diesem Weg gelang der Bundestagsfraktion der Linken am 22. November 2011. Sie wurde in eine gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages gegen den Rechtsextremismus einbezogen. Einmütig haben alle Parteien im Hohen Haus den Rechtsextremismus verurteilt.

Seit Gründung der PDS/SED im Dezember 1989 hielt die Partei am „Antifaschismus“ der SED fest. Der antifaschistische Kampf der Kommunisten gegen Hitler diente bereits als Legitimation für die untergegangene DDR. Er musste seit 1990 dazu herhalten, dass die PDS der Debatte über die Errichtung der zweiten Diktatur in Deutschland nach Hitler durch Stalins deutsche Kader politisch weitgehend ausweichen konnte. Der „antifaschistische Kampf“ ist ein politischer Schwerpunkt der Partei, den sie als „Kampf gegen rechts“ versteht und der sich nicht allein gegen Neonazis richtet.

Einheit im Entsetzen bedeutete deshalb für Die Linke keine Gemeinsamkeit in der Aufklärung und Prävention der rechtsterroristischen Aktivitäten. Die Bundestagsfraktion der Linkspartei beschloss ein eigenes Programm zum Kampf gegen die Neonazis, das ganz auf der Linie ihrer „antifaschistischen Politik“ liegt. Sie fordert: 1. einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, 2. keine „weitere Aufrüstung der Sicherheitsdienste – weniger Geheimdienste, mehr Demokratie“, 3. die „sofortige Abschaltung“ aller V-Leute in der Naziszene, 4. die Errichtung einer „unabhängigen Beobachtungsstelle“ und 5. die Aufstockung der staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus und zugleich die Streichung der „Extremismusklausel“ bei der Vergabe öffentlicher Mittel an Vereine und Verbände, die sich mit dem politischen Extremismus in ihrer Bildungsarbeit auseinandersetzen.

Vor allem der letzte Punkt verdeutlicht die politische Stoßrichtung: Extremismus kommt nach Auffassung der Linkspartei in Deutschland ausschließlich von „rechts“, linker Terrorismus und Extremismus sollen dagegen schon begrifflich in der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung ausgemerzt werden.

Unter dem Schock der unfassbaren Bluttaten der Rechtsterroristen fordert Die Linke kalt und berechnend staatliche Mittel zum Aufbau von ihr maßgeblich beeinflusster „antifaschistischer Vorfeldorganisationen“ und eine systematische Schwächung der staatlichen Sicherheitsorgane. So viel zur Gemeinsamkeit der Demokraten!